

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

XXIV/125

Bonn, den 7. Juli 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Glanz und Elend der CDU-Sozialausschüsse</u> Eh-Rufe der CDU-Arbeitnehmer für Kurt Schmücker in Oldenburg	74
3	<u>Schlecht geschaltet</u> Die CDU/CSU und ihre bisherige Agrarpolitik	35
4 - 4	<u>Landespolitik in Mainz und Wiesbaden</u> Sesseln in Rheinland-Pfalz und Hessen - Ein aufschlußreicher Vergleich	56
5 - 6	<u>Belgrad fühlt sich geschnitten</u> Zur Reise des USA-Präsidenten Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	70

Glanz und Elend der CDU-Sozialausschüsse

Buhrufe der CDU-Arbeitnehmer für Kurt Schmücker in Oldenburg

sp - Glanz und Elend der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft wurden auf der 13. Bundestagung der Sozialausschüsse einmal mehr und in aller Öffentlichkeit demonstriert: Der Bundesvorsitzende der CDU, Bundeskanzler Kiesinger, der erstmals vor Arbeitnehmern - allerdings nur der eigenen Partei - sprach, machte dies besonders deutlich, als er zu den nach Ansicht der Sozialausschüsse vorrangigen gesellschaftspolitischen Anliegen unserer Zeit keine Stellung bezog oder sie ganz ausklammerte. Selbst eine der Union zugehörige Sonntagszeitung hat festgestellt, der Kanzler habe offenbar das Oldenburger Forum verwechselt mit dem Außenpolitischen Arbeitskreis der Union.

Die Arbeitnehmer in der CDU waren von ihrem Vorsitzenden etwas enttäuscht, außer wohl bei seinen reinen Wahlkampfpassagen. Die linken Flügelleute waren natürlich begeistert, als ihr CDU-Vorsitzender und Kanzler die Leistungen von Hans Katzer lobte, aber sie wirkten sich betreten, als der Regierungschef seine eigene Aufgabe in der Regierung der Großen Koalition wenig später als die eines "Gutsdirektors" einstellte, der darüber wacht, wie seine "Bauern" die ihnen zugewiesenen Äcker bestellen.

Daß zumindest ein Bundesminister der Union seinen "Acker" schlecht bestellt haben muß, wurde in Oldenburg lautstark dargetan: Kurt Schmücker, Wirtschaftsminister im Krisenjahr 1966, derzeitiger Schatzminister und Oldenburger Regionalmatador, wurde bei seiner Begrüßung durch seinen Kabinetts- und Parteikollegen Hans Katzer mit lauten Buh-Rufen empfangen und auch in der Diskussion wegen seiner Äußerungen von der "gewollten Rezession" des Jahres 1966 scharf attackiert. In den Tischen der Delegierten war mehrfach der Ausdruck "Rezessionsminister" zu vernehmen. Nach der Oldenburger Reaktion seiner Parteifreunde täte Herr Schmücker fraglos gut daran, der SPD nicht länger zu unterstellen, man greife ihn im Hinblick auf seine Äußerungen auf dem Disseldorfer Mittelstandstag aus nur parteiegoistischen Motiven an. Schließlich haben seine Gegendarstellungen noch nicht einmal die Frauen und Männer in den eigenen Reihen überzeugt. Wer überhaupt für die CDU spricht, Katzers Sozialausschüsse oder Schmückers Mittelstandsvereinigungen samt Wirtschaftsrat e.V., das ist so offen wie eh und je. Dem Wirtschaftsrat wurde allerdings unmißverständlich zu verstehen gegeben: "Rein in die Partei oder raus!"

Was die Sozialausschüsse im gesellschaftspolitischen Bereich zu kritisieren hätten, zielte nicht auf die Sozialdemokraten, sondern auf den rechten Flügel der eigenen Partei: Hans Katzer mußte seine Parteifreunde davor warnen, den Berliner Kompromiß in der Mitbestimmungsfrage "auf halbem Wege rückgängig zu machen". Katzer griff auch das CDU-Parteiorgan "Deutsche Monatsblatt" an, das eine Karrikatur des "Industriekurier" nachdruckte, "in der in gotteslästerlicher Weise die Mitbestimmung als 'neuer Götze' vorgestellt wird". Hans Katzer betonte, hier sei eine Grenze überschritten, "hinter der es für keinen mehr einen gemeinsamen Weg gibt, der es ernst meint mit seinem Glauben".

Dr. Norbert Blüm, der agile und glaubwürdige Hauptgeschäftsführer

innerer der Sozialausschüsse, setzte sich ebenfalls mit den Gegnern des linken Flügels in den eigenen Reihen auseinander. Er meinte - und die SPD wird ihn und die Sozialausschüsse noch daran erinnern - daß die Selbstbestimmungsfrage in der nächsten Legislaturperiode des Bundestages entschieden werden müsse. Es bleibt das Problem der Sozialausschüsse, daß sie in wichtigen Fragen theoretisch mit der SPD weitaus einiger sind als mit der Mehrheit der christlichen "Demokraten", die eben darauf bauen können, daß die Abgeordneten des linken Flügels in wichtigen parlamentarischen Abstimmungen sich doch immer wieder der Parteidisziplin unterwerfen. Der Beispiele, auch der aktuellen, gibt es viele.

Die Sozialausschüsse der CDU haben in Oldenburg - wie schon 1967 in Offenburg - zu interessanten und wesentlichen gesellschaftspolitischen Fragen Stellung bezogen, diesmal vor allem zur Strukturpolitik. Das geht durchaus zum Glanz dieser Veranstaltung; sie zeugte von fortschrittlichem Geist. Aber das Elend liegt stets gleich daneben: In den Arbeitspapieren, in den Diskussionen und in den Ausschüssen wurde nach einem neuen Bodenrecht, nach dem Städtebauförderungsgesetz gerufen. Aber eben diese Regelungen hatte die CDU/CSU jüngst unmöglich gemacht, indem sie die Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes ganz bewußt verzögerte - ohne daß der "linke Flügel" die SPD unterstützt hätte. Das Fazit der Oldenburger Tagung: Der Wind vom linken Flügel her bläst ansich der CDU ins Gesicht. Aber bis zum 28. September wird man ihn wohl noch vorübergehend "unfunktionieren" können. Die Sozialausschüsse können sich darauf verlassen: die SPD wird den in den nächsten Bundestag einziehenden Vertretern des linken Flügels Gelegenheit geben, vom guten Wort zur sozialen Tat zu gelangen. Fortschrittliche Bekenntnisse auf dem Papier lassen sich schön, können aber niemanden zufriedenstellen.

+ + +

Schlecht geschaltet

sp - Daß die Wirtschafts- und damit auch die Agrarpolitik der Bundesrepublik seit der Währungsreform im Jahre 1948 bis zum Herbst 1966 von Ministern der CDU und CSU gemacht bzw. nicht gemacht wurde, dürfte zu den Kenntnissen jedes politischen ABC-Schützen in unserem Land gehören. Auch sollte nicht unbekannt sein, daß in der Regierung der Großen Koalition die CSU den Bundesminister für Landwirtschaft und Forsten in der Person des Herrn Höcherl stellt.

An nichts anderes hat Bundesminister Prof. Schiller am vergangenen Wochenende auf der agrarpolitischen Konferenz der SPD in Bad Godesberg erinnern wollen, als er feststellte, die Agrarpolitik sei in den vergangenen Jahren zu kurz gekommen und daran die Forderung angeknüpft, die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik müsse endlich gemeinsam mit der Agrarpolitik entwickelt werden; die im Agrarsektor arbeitenden Menschen müßten die gleichen Vorteile vom Konjunkturaufschwung haben wie jene in Industrie und Handel.

Es blieb dem CDU-Sprecher Dr. Rathke vorbehalten, eine solche Selbstverständlichkeit als "Bauernfängerei" zu bezeichnen. Da wir zufällig wissen, wie man selbst in der CDU die Bemerkung des Herrn Rathke qualifiziert, können wir auf eine Qualifikation verzichten. Offenbar hatte Herr Rathke vergessen, daß die Partei, für die zu sprechen er die Ehre hat, ebenfalls - endlich! - zu der Auffassung gelangt ist, eine moderne Industrienation könne es sich nicht für alle Zeiten leisten, daß die Agrarwirtschaft gewissermaßen als Nebenprodukt der allgemeinen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik behandelt wird. Herr Rathke sollte besser schalten lernen.

+ + +

Landespolitik in Mainz und Wiesbaden

Schulen in Rheinland-Pfalz und Hessen - Ein aufschlußreicher Vergleich

PN. - Wie überall in Deutschland mußten auch Rheinland-Pfalz und Hessen nach Kriegsende mit dem völligen Wiederaufbau beginnen. Not und Elend waren sozusagen gleichmäßig im Bundesgebiet verteilt. Während das von der CDU regierte Rheinland-Pfalz jahrzehntelang Kirchturmspolitik betrieb, erfolgte im sozialdemokratisch regierten Nachbarland Hessen eine reformfreudige Landespolitik unter Einschaltung von Wissenschaftlern, Experten und verantwortungsbewußten Politikern.

Die Entwicklung beider Länder läßt sich einfach aus den Finanzen ablesen. Rheinland-Pfalz erhält auch heute noch jährlich in Form des Länderfinanzausgleichs "Entwicklungshilfe" von den Ländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg und kann seine Ausgaben nur zur Hälfte durch Steuern im eigenen Land decken. Von 1950 bis 1965 ist es ständig unter dem durchschnittlichen Wachstum im Bundesgebiet geblieben.

Hessen war bis 1956 weder zahlendes, noch empfangendes Land, ist dann aber auf Grund seiner wirtschaftsfördernden Maßnahmen zum "Geberland" aufgestiegen; seit 1957 zahlte es im Wege des Länderfinanzausgleichs insgesamt 2,8 Milliarden DM.

Auf dem Bildungs- und Schulsektor sind die Vergleiche noch weit frappierender.

Es beginnt damit, daß der frühere Kultusminister von Rheinland-Pfalz, Édouard Orth, wenig Sinn und Neigung verspürte, das Schulwesen zu reformieren. Bei den Kultusministerkonferenzen stand er zwar immer auf der Anwesenheitsliste, ließ sich aber am Konferenzisch von seinem Ministerialdirigenten Schreiner, der kein Stimmrecht hatte und eine Statistenrolle einnehmen mußte, vertreten. Es verwundert daher auch nicht, daß der durch Jagdausflüge stark in Anspruch genommene Kultusminister zur Frage über Sinn und Zweck des neuen Kurzschuljahres im Herbst 1965 auf einer Pressekonferenz unbekümmert und sorglos in seinem pfälzer Dialekt antwortete: "Isch wäs aach net warum-mä des mache". Sein Regierungschef stand ihm in Erziehungs- und Schul-

fragen nichts nach. Von den ihm vorgelegten Plänen zur Behebung des Lehrermangels wollte Altmeier nichts wissen. In Gedenken an seine eigene Jugendzeit meinte er, daß man früher auch nicht so viele Schulmeister gebraucht hätte. Dafür hing aber sein Herz an der von ihm verteidigten Bekenntnisschule und so ist es auch zu erklären, daß in seinem Lande seit 1950 für 7,6 Millionen DM über 60 unnötige und meistens schon wieder aufgelöste Zwergschulen gebaut wurden.

Hessen hingegen baute in den letzten 10 Jahren allein fast 250 moderne Mittelschulen und leitete damit eine beispielhafte Landschulreform ein. Das Land kann damit rechnen, daß es bis 1980 keine wenig gegliederte Volksschule mehr haben wird. Augenblicklich besuchen nur noch 1,6 Prozent der hessischen Schüler eine einklassige Zwergschule. Allerdings hat das Land auch in den letzten 20 Jahren allein zur Förderung des kommunalen Schulbaus 2,1 Milliarden DM aufgewendet, wobei ein bedeutender Teil hiervon den Mittelschulen zugute kam. Nicht nur Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit sind in Hessen eingeführt, sondern auch Beförderungskosten für die Schüler (1969/70 etwa 21 Millionen DM). Zudem werden Erziehungsbeihilfen gewährt, die es ermöglichen, daß sich die Bildungschancen für alle Kinder stetig verbessern.

Die von der SPD geplante Schulgesetz-Novelle wurde im Mai 1969 vom hessischen Landtag verabschiedet und sieht eine kontinuierliche Einführung von Förderstufen für alle Kinder des 5. und 6. Schuljahres vor. Außerdem ermöglicht dieses Gesetz die Einführung einer wachsenden Zahl von Gesamtschulen, in denen die Schüler aller sozialen Schichten leben und lernen und in denen es keine "Sitzenbleiber" mehr gibt - jeder Schüler wird soweit gefördert wie es möglich ist -. Auch den Lehrermangel hat man größtenteils in Hessen schon beseitigt.

Der Erfolg der hessischen Schulreformen ist bereits deutlich sichtbar geworden. Hessen hat mit 11,6 Prozent in der Bundesrepublik den höchsten Anteil an den Abiturienten - Bundesdurchschnitt: 7,4 Prozent -.

In Rheinland-Pfalz sind noch manche hinderliche Traditionen abzubauen. Die dort eingeleitete Schulreform mit dem Ziele, die Konfessions-schulen von ihrer Vormachtstellung zu verdrängen, ist erst ein vorläufiger und bescheidener Anfang.

Belgrad fühlt sich geschnitten

Zur Reise des USA Präsidenten

Von Hans Peter Rullmann - Belgrad

Vor rund zehn Jahren wurde in der rumänischen Parteizeitung "Scinteia" eine Karikatur veröffentlicht, die Onkel Sam, den Amerikaner, zeigt, wie er voller Befriedigung und durch eine Lupe ein kleines Pflänzchen betrachtet, bei dem es sich laut Aufschrift um den Revisionismus handelt. Die Unterschrift, die der rumänische Parteikarikaturist dieser Zeichnung beigeschrieben, lautete: "Wenn sie - die Pflanze also - auch giftig ist - mir hilft sie".

Zehn Jahre nach diesem groben Angriff auf die amerikanisch-jugoslawische Zusammenarbeit hingegen löst die Nachricht, daß der amerikanische Präsident Nixon im August Rumänien einen Besuch abstatten wolle, keine allzu große Überraschung mehr aus.

Die ersten seriösen Kontakte Rumäniens zu den Vereinigten Staaten sind nämlich inzwischen schon fünf Jahre alt. Demais, 1964, wurde anlässlich eines Besuches des rumänischen Planchef's Gaston-Martin in den USA ein Neunpunkteprogramm veröffentlicht, das unter anderem die Anhebung der diplomatischen Beziehungen auf die Botschaftsebene, die Erteilung amerikanischer Generallizenzen für Exporte nach Rumänien, die Errichtung eines amerikanischen Handelsbüros in Bukarest und die Erweiterung des rumänischen Wirtschaftskontors in New York, die Erleichterung von Einreise- und Arbeits-Bedingungen für die Handelsvertreter der jeweils anderen Seite, den Abschluß eines Konsularabkommens, die Erweiterung der Programme bezüglich des kulturellen, erzieherischen und wissenschaftlichen Austausches, die Förderung des Touristenverkehrs und die Gewährung langfristiger amerikanischer Kredite mit einer Laufzeit von fünf Jahren umfaßte.

Daß ausgerechnet im Jahre 1964 eine derartige Verdichtung der amerikanisch-rumänischen Beziehungen vor sich ging, war vor allem auf den rumänischen Wunsch zurückzuführen, innerhalb des osteuropäischen Lagers ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu erzielen, eine Absicht, die zum erstenmal ganz deutlich im inzwischen berühmt gewordenen rumänischen Parteidokument von 26. April 1964, einer Art rumänischer Unabhängigkeitserklärung, zum Ausdruck kam.

Doch obgleich im selben Jahre noch der rumänische Außenminister Corneliu Manescu der USA einen Besuch abstattete, bildete sich sowohl im amerikanischen Senat als auch in den Gewerkschaften der

USA schnell eine Opposition gegen diese Ostpolitik Johnsons, der zum Beispiel die geplante Lieferung von Fabriken zur Herstellung synthetischen Kautschuks zum Opfer fiel. Im März 1967 besuchte Richard Nixon dann zum erstenmal Rumänien, und nach den nicht allzu guten Erfahrungen mit der Johnson-Administration wurde er natürlich von den Rumänen auf höchster Ebene und außerordentlich freundlich empfangen. Die Polen hingegen sahen in ihm keine Persönlichkeit von politischem Gewicht und verweigerten ihm sogar das Einreisevisum; in der Tschechoslowakei und in der Sowjetunion wurde Nixon keine einzige Gelegenheit gegeben, ernsthafte politische Gespräche zu führen.

Dieses Interesse, das Rumänien damals dem politischen Außenseiter Nixon entgegenbrachte, hat sicher auf den Beschluß des amerikanischen Präsidenten, im August Rumänien zu besuchen, einen großen Einfluß gehabt, doch in erster Linie geht es den Amerikanern natürlich darum, durch Erschütterung der Beschlüsse von Jalta, also Aufweichung der Blöcke nach Osten hin, die Sowjets in eine gewisse Zwangslage zu versetzen, die sich bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen zu Gunsten der Positionen Washingtons auswirken könnte. Auf jeden Fall dürfte durch den Rumänienbesuch Nixons im August verhindert werden, daß der bevorstehende rumänische Parteitag unter dem Druck des gleichfalls anstehenden Breschnjew-Besuches Beschlüsse faßt, die der amerikanischen Position abträglich sein könnten. An konkreten Verhandlungsthemen bietet sich in Bukarest vor allem die Vietnamfrage an, in der Rumänien schon einmal, im November 1967, von amerikanischen Sonderbotschafter Harriman um Vermittlung angegangen worden ist; daß Rumänien, abgesehen von einer Verbesserung der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Amerika, diesem Besuch auch politische Vorteile abgewinnen möchte, versteht sich von selbst.

Auch in Belgrad sieht man im bevorstehenden Nixon-Besuch eine Stärkung der kleinen südosteuropäischen Länder gegenüber dem anhaltenden sowjetischen Druck, doch ganz ungetrübt sind die Gefühle deshalb hier nicht. Ähnlich wie von de Gaulle scheint Jugoslawien nun abermals übergangen zu werden, eine Situation, die das jugoslawische Außenamt überdeutlich darauf hinweist, in welchem Maße die internationale Position Belgrads an Wichtigkeit verloren hat.